

Vorderer und Mittlerer Orient blutigste Weltregion

Politischer Kurzbericht

von

Dr. Hardy Ostry, Gerrit F. Schlomach 31. Januar 2006

In Zeiten von Jahreswechseln wiederholt sich regelmäßig das Ritual in Tageszeitungen, Zeitschriften und im Fernsehen auf die vergangenen 12 Monate zurückzublicken, um mögliche Entwicklungen für die Zukunft abzuleiten. Dieses publizistische Lesen in der Glaskugel wird hier nicht wiederholt, sondern auf einer nachvollziehbaren Grundlage werden Ereignisse des vergangenen Jahres erneut aufgegriffen, um dunkle Ecken der sicherheitspolitischen Landkarte im Vorderen und Mittleren Orient (VMO) auszuleuchten. Als Scheinwerfer dient die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) mit den darin identifizierten Hauptbedrohungen¹ – internationaler Terrorismus, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Staatszerfall und organisierte Kriminalität. Das ein Blick in die Region mit der ESS nutzbringend ist, ergibt sich aus dem Umstand, dass sowohl die EU als auch die neue Bundesregierung sie als sicherheitspolitische Richtschnur betrachten.

Blutigster Kontinent Afrika? Ende des Mythos

Bislang stand Afrika als blutigste Region in den Schlagzeilen der Presse. Wie das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK) in seiner letzten Ausgabe des Konfliktbarometers jedoch berichtet, vollzog sich 2005 ein Wandel im

_

¹ Europäischer Rat (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel. Da die Bedrohung durch organisierte Kriminalität besonders als Thema der inneren Sicherheit betrachtet werden kann, erfolgt hier keine gezielte Analyse der Zusammenhänge mit dem Vorderen und Mittleren Orient.

interregionalen Vergleich der höchsten gewaltsamen Konfliktaustragung². Demnach weist sich der Vordere und Mittlere Orient (Vgl. Abb. 1) mit einer Gesamtzahl von 8 höchsten gewaltsamen Konflikten im Vergleich zu Afrika (5) und Asien (7), den beiden Spitzenreitern im letzten Jahr, als blutigste Weltregion aus. Obwohl die Anzahl der gewaltsamen Konflikte in dieser Region mit 8 konstant blieb, führte der rasante Intensitätsrückgang in den Weltregionen Asien-Ozeanien und Afrika zu einem Wandel der weltweiten gewaltsamen Konfliktverteilung.

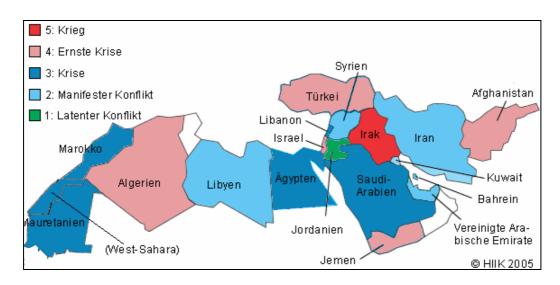


Abb 1.: Politische Konflikte³ im Jahr 2005

Vergessene gewaltsame Konflikte des Vorderen und Mittleren Orients

Bezogen auf regionale Konflikte hält die europäische Strategie fest, dass sie "vor allem [vom] Nahen Osten" "direkte oder indirekte Auswirkungen auf europäische Interessen haben"⁴. Neben den ständig medienpräsenten Auseinandersetzungen im Irak, in Afghanistan sowie in Israel und den Palästinensischen Gebieten führen in der Region aber auch so genannte von der Weltöffentlichkeit "gewaltsame, aber vergessene Konflikte" zu hohen Konfliktintensitäten, wie sie vom Heidelberger Institut verzeichnet wurden.

² Heidelberg Institute for International Conflict Research (2005): Conflict Barometer 2005. www.hiik.de, S. 3.

³ Vgl. die Konfliktintensitäten in: Heidelberg Institute for International Conflict Research (2005): Conflict Barometer 2005. www.hiik.de, S. 37-44. Die Karte wurde freundlicher Weise vom HIIK zur Verfügung gestellt. Vielen Dank gebührt Lotta Mayer und Holger Oswald für die Bearbeitung.

⁴ Europäischer Rat (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, S. 4.

Darunter zählt zunächst einmal der in **Algerien** ausgetragene Konflikt um die nationale Macht und die politische Orientierung zwischen der Regierung und verschiedenen religiösen gewaltbereiten Gruppen (GSPC, GIA). Bei fortdauerndem hohem militärischem Engagement setzt der regierende Präsident Abdelaziz Bouteflika seinen Weg zum Frieden mit der nationalen Charter für Frieden und nationale Versöhnung fort. Unklar bleibt jedoch, ob es gelingt, die gewaltsame Post-Konflikt-Phase, in der sich Algerien nach dem Höhepunkt des Bürgerkriegs (1994-97) befindet, in eine breit akzeptierte friedliche Konfliktaustragung zu wandeln und politische Reformen⁵ durchzuführen.

Ein weiterer vergessener Konflikt wird zwischen der Zentralregierung der Türkei und Gruppen der kurdischen Minderheit um Autonomie ausgetragen. Beeinflusst durch die politische Instabilität im Irak entsteht zwischen den türkischen Sicherheitskräften und den Anhängern der Kurden ein Teufelskreislauf der Gewalt. Möchte die Regierung in Ankara, wie bislang beabsichtigt, ihren Weg in die Reihen der Europäischen Union fortsetzten, muss sie nicht nur diesen Konflikt⁶ friedlich beilegen. Auch wenn langfristig eine Stabilisierung des Irak gelingen wird, so bleibt die Einbindung der kurdischen Minderheiten in die vier Länder -Türkei, Iran, Irak und Syrien- auf der regionalen und europäischen Agenda.

Schließlich führte nur der spektakuläre Entführungsfall des ehemaligen Staatssekretärs Chrobog und seiner Familie der deutschen Öffentlichkeit vor Augen, in welcher Spannungslage sich die Zentralregierung **Jemens** befindet. Doch wird diesem Konflikt im Allgemeinen und der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen der jemenitischen Regierung und der al-Shabab al-Mumen (Believing Youth Movement) in der Saada Provinz im Speziellen, mit Opferangaben von 100 bis 700 Personen für 2005, kaum Beachtung geschenkt. Ein Bericht einer US-amerikanischen Stiftung fast die Lage des *fragile*, aber noch nicht *failed state* folgendermaßen

_

⁵ Für eine pessimistische Einschätzung vgl. Mattes, Hanspeter (2005): Algerien. In: Jacobs, Andreas/ Hanspeter Mattes (Hrsg.) (2005): Un-politische Partnerschaft. Sankt Augustin, S. 47-63, hier: S.56-63. ⁶ "Aber auch in Bereichen Demokratie, Menschenrechte, Armenierfrage und Kurden-Konflikt muss die Türkei noch den Beweis erbringen, dass sie europafähig ist und sich bei der Konfliktlösung an europäischen Werten orientiert." In: Güngör, Baha (2005): Historischer Schritt für die EU und die Türkei. DW-RADIO/Türkisch, 4.10.2005, Fokus Ost-Südost, http://www.dw-world.de/dw/article/0.2144.1732654.00.html (23.01.06).

zusammen: "Disputes within tribes, between tribes, and between tribes and the central government, remain a central characteristic of Yemeni politics."⁷

Terrorismus bleibt eine zentrale Herausforderung in der Region

In der Europäischen Sicherheitsstrategie wird der internationale Terrorismus als eine neue Herausforderung der EU identifiziert. Wie verletzlich auch die europäischen Staaten sind, zeigten nicht zuletzt die Attentate in Madrid und London, für die Terroristen aus dem weiteren Nahen und Mittleren Osten verantwortlich gemacht wurden. Doch die Gesellschaften dieser Region sind nicht nur Exporteure von Gewalt, sondern selbst auch Opfer, wie die Anschläge im Verlauf des Jahres 2005 zeigten.

Eine noch andauernde Phase politischer Instabilität im **Libanon** folgte dem Anschlag mit einer Autobombe auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Hariri am 14. Februar 2005, in dem er und 20 weitere Personen starben. Im seit 1975 bestehenden innerstaatlichen Kampf um die nationale Macht zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen bleibt auch nach den bisherigen Ergebnissen der so genannten Mehlis-Kommission unklar, wer hinter den terroristischen Anschlägen steckt. Nach wie vor gilt, dass die Gewalt im Libanon schnell ein Ende finden muss und "[m]ittelfristig Regierung und Parlament seriöse Antworten darauf geben [müssen], in welche Richtung sich das politische System entwickeln soll."⁸

Nach mehreren Jahren relativer Ruhe setzt sich in Ägypten Terrorismus als gewaltsame Austragungsform von Konflikten nach dem Anschlag in Taba im Oktober 2004 fort. Sowohl in der Hauptstadt Kairo (7. und 30. April 2005) als auch im Badeort Scharm el Scheich am Roten Meer am 23. Juli 2005 starben Touristen als auch Einheimische. Beim Anschlag auf den ägyptischen Badeort fanden mehr als 88 Personen den Tod und 110 wurden verletzt. Als Folge dieser Attentate setzt die Regierung auf eine repressive Politik, die -gepaart mit den innenpolitischen Wandlungsprozessen- zu einer Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens⁹ führt.

⁸ Ostry, Hardy (2005): Die Kunst der Machtverteilung – der Libanon nach den Wahlen. In: KAS-Auslandsinformationen 8/5, S. 82-94, hier: S. 93.

⁷ Carnegie Endowment for International Peace (2005): Arab Political Systems: Baseline Information and Reforms – Yemen. www.carnegieendowment.org/arabpoliticalsystems (22.01.06), S. 4.

⁹ Vgl. BBC News (9.6.05): Egypt faces up to the new radicals. http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4074146.stm (23.01.06). BBC News (25.7.05): Egypt inestigates resorts attacks. http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4713379.stm.

Gegen Jahresende wurde auch **Jordanien** von Selbstmordanschlägen gegen Zivilisten in drei Hotels in Amman heimgesucht, in denen 57 Menschen starben. Die Verantwortung wird Al Qaeda und ihrem jordanischstämmigen Führer im Irak, Abu Mussab Zarqawi, zugeschrieben. Die Anschläge in der Nacht vom 9. November 2005 reihten sich ein in Auseinandersetzungen zwischen dem jordanischen Staat mit ihren Verbündeten gegen gewaltsame islamistische Gruppierungen. Joost Hilterman, Regionalbeauftragter der Crisis International Group, zieht zwei Schlüsse¹⁰ aus dem gewaltsamen Vorgehen: Erstens kann kein noch so effizienter Apparat absolute Sicherheit gewährleisten. Und zweitens muss jede Antwort auf Bedrohungen mit einer Öffnung des politischen Systems und der Ausweitung wirtschaftlicher Teilhabechancen ergänzt werden.

Trotz der gemeinsamen Risiken Europas und der südlichen Nachbarregion, die aus dem internationalen Terrorismus erwachsen, bleibt ein gemeinsames Verständnis der Herausforderungen aufgrund des alles überschattenden Nahost-Konflikts unterentwickelt. Dies wurde zuletzt beim 10. Jahrestag der Euro-Mediterranen Partnerschaft mit einer stark verwässerten Übereinkunft über einen Verhaltenskodex gegenüber Terrorismus¹¹ sichtbar. Hemmschuh war, dass die südlichen Staaten ein Recht auf Widerstand gegen Besatzungsregime festschreiben wollten, was letztlich auf Israel abzielte und von den europäischen Staaten nicht mitgetragen werden kann.

Größte Bedrohung Europas - Massenvernichtungswaffen in der Region

Neben den bislang dargestellten Hauptbedrohungen benennt die Europäische Sicherheitsstrategie in der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) "die potenziell größte Bedrohung für unsere Sicherheit", die "möglicherweise - insbesondere im Nahen Osten – zu einem MVW-Wettrüsten"¹² führen kann. Tatsächlich gab es auch im vergangenen Jahr genug Anlass zur Sorge. Wird zunächst der Besitz von MVW in der Region betrachtet, so fallen fünf Staaten in das

_

 $^{^{10}}$ International Crisis Group (2005): JORDAN'S 9/11: DEALING WITH $\it JIHADI$ ISLAMISM, Middle East Report N°47 - 23 November 2005, S. 1.

¹¹ "Wie es am Montag in mehreren Delegationen übereinstimmend hieß, einigten sich die insgesamt 38 Staaten der EU sowie aus Nordafrika und dem Nahen Osten auf eine entsprechende Erklärung. Alle strittigen Formulierungen seien aus dem Papier gestrichen worden." Die Welt Online, 28.11.05.

¹² Beide Zitate siehe: Europäischer Rat (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, S. 3-4. Für den hohen Stellenwert der Verhinderung von Proliferation vgl. auch: Council of the European Union (2003): EU Strategy against Proliferation of Weapons Brussels.

Beobachtungsraster (Vgl. Tab. 1). Jedoch ist eine Differenzierung in den Kategorien nukleare, biologische und chemische Waffen bezogen auf die Unterschiede in Zerstörungskraft, Wirkungsweise und möglichen Gegenmaßnahmen angebracht. Aufgrund der besonderen Gefährdung durch Atomwaffen konzentriert sich diese Betrachtung auf diese Massenvernichtungswaffe.

Tab. 1: Massenvernichtungswaffen in der Region¹³

Land	Nuklear	Biologisch	Chemisch
Ägypten		F?	W
Iran	F	F?	W?
Israel	W	W?	W
Libyen			W*
Syrien		F?	W

Legende: F: bekanntes Forschungsprogramm, W: bekannte Waffen oder Träger, W*: hatte chemisches Waffenprogramm hat es aber aufgegeben.

Wendet man sich den letzten sicherheitspolitischen Entwicklungen zu, so fällt das europäische Engagement in Form der EU-3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) und der USA gegenüber dem Iran ins Blickfeld. Der seit mehreren Jahren schwelende Konflikt eskaliert erneut, nachdem die iranische Regierung am 10. Januar 2006 die Siegel der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in den Anlagen in Natanz, Pars Trash und Farayand entfernt. In enger Kooperation zwischen der IAEA, EU-3 und den USA wirkt die internationale Staatengemeinschaft auf eine friedliche Lösung der Krise hin, wobei der iranische Präsident Mahmud Ahmadineschad mit seinen verbalen Attacken gegen Israel und den Westen unbeirrt Öl ins Feuer gießt.

Ein fortgesetztes transatlantisch abgestimmtes Engagement der EU in diesem zentralen Sicherheitsthema bedingt sich nicht nur aus dem Scheitern der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags, sondern auch aus der nötigen Verständigung im Umgang mit den eigenen Kernwaffenbeständen¹⁴. Europa muss eine proaktive Politik einnehmen, um die Initiativen zur Schaffung einer MVW-freien

 $^{^{13}}$ Vgl. Cordesman, Anthony H. (2005): Proliferation of Weapons of Mass Destruction in the Middle East, Center for Strategic and International Studies, Working Draft: Revised March 25, 2005, S.5. Cirincione, Joseph et al. (2005): Deadly Arsenals: Nuclear, Biological, and Chemical Threats, Second Edition, Washington, DC, S. 22.

¹⁴ Kamp, Karl-Heinz (13.1.06): Die Rolle von Kernwaffen im 21. Jahrhundert. Neue Zürcher Zeitung.

Zone¹⁵ im Vorderen- und Mittleren Orient zu unterstützen. Ein erster Schritt sollte hier die Unterstützung von regionalen Organisationen und Absprachen sein. Nach Analyse von Fachleuten steht jedoch ein steiniger Weg bevor, wenn Iran die nukleare Bewaffnung¹⁶ gelingen sollte. Dann könnten nämlich benachbarte Staaten wie Ägypten, Saudi-Arabien und die Türkei mit Atomwaffen liebäugeln - selbst das Aufbrechen des "nuklearen Tabus" und ein Einsatz der Waffen wird dann von deutschen Sicherheitsexperten nicht mehr ausgeschlossen.

Politische Uneinigkeit, trotz gemeinsamer Risiken

Der konzentrierte Blick mit dem Scheinwerfer Europäische Sicherheitsstrategie auf dunkle Flecken der sicherheitspolitischen Landkarte des Vorderen und Mittleren Orients zeigt zweierlei: Zum einen rückt die Region zur blutigsten Weltregion auf, was neben den medienpräsenten Konflikten durch so genannte "gewaltsame, aber vergessene Konflikte" bedingt wird. Zweitens bleibt die EU als aktiver Akteur in der Region gefordert, wobei die südlichen Partner trotz gemeinsamer Risiken (internationaler Terrorismus, Verbreitung von MVW) ihrer eigenen sicherheitspolitischen Agenda folgen und so europäische Bemühungen für Frieden und Sicherheit in der Region nur zurückhaltend aufgegriffen werden.

Durch eine zukünftige europäische Einbindung der Türkei, als Vollmitglied oder im Rahmen einer privilegierten Partnerschaft, rückt der Vordere und Mittlere Orient mit seinen Herausforderungen noch näher an Europa heran. Wichtig ist hierbei, dass die EU eine kohärente Strategie für die Region südöstlich von Jordanien formuliert und dass der bisherige top-down Ansatz durch Stärkung gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Partnereinrichtungen ergänzt wird.

.

¹⁵ Jones, Peter (2005): A Gulf WMD Free Zone within a Broader Gulf and Middle East Security Architecture. Policy Papers. Gulf Research Center. Dubai.

¹⁶ Busse, Nikolas (23.6.05): Bald zwanzig Kernwaffenstaaten? Frankfurter Allgemeine Zeitung.